

Antrag vom 01.07.2026

Eingang bei: L/OB

Datum: 01.07.2026

Antrag

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Betreff

Hitzeschutz ernst nehmen: Stuttgart muss jetzt handeln

Wir beantragen:

1. Die Verwaltung richtet noch vor der Sommerpause eine Taskforce „Hitzeschutz und Klimaanpassung“ ein und bezieht die betroffenen Ämter mit ein.
2. Die Taskforce legt im Ausschuss für Klima und Umwelt (AKU) dar, ob der Hitzeaktionsplan in der aktuellen Hitzewelle funktioniert hat, welche Strategien und Maßnahmen in Stuttgart bereits bestehen und an welchen Stellen Nachsteuerungsbedarf besteht. Dabei stehen insbesondere folgende Handlungsfelder im Fokus: Hitzeschutz, Bäume und Begrünung, Verschattung, Entsiegelung, Kühlung relevanter Gebäude (insbesondere: Kitas, Schulen, Krankenhäuser, Pflegeeinrichtungen), Schutz vulnerabler Gruppen, Schutz kritischer Infrastruktur, Umgang mit öffentlichen Veranstaltungen, Wasserversorgung und Gewässerschutz, Starkregenereignisse und (Wald-)Brandgefahr.
3. Die Taskforce erarbeitet kurzfristige und langfristige Maßnahmen und stellt diese zeitnah dem Gemeinderat vor.

Begründung:

Kliniken am Limit, „Außergewöhnliche Einsatzlage“, sinkende Wasserstände, erhöhte Brandgefahr: Die erneute extreme Hitze der vergangenen Tage hat auch in Stuttgart Temperaturrekorde gebrochen und die Stadt massiv belastet. Gerade für Kinder, Ältere und Menschen mit Vorerkrankungen können extreme Temperaturen um die 40 Grad tagsüber und Tropennächte zur ernsthaften Gesundheitsgefahr werden.

Der Klimawandel führt jedoch nicht nur zu häufigeren und intensiveren Hitzewellen. Auch Dürre, Waldbrandgefahr sowie Starkregen und Überschwemmungen nehmen zu.

Die jüngste Hitzewelle hat deutlich gemacht: Die bisherigen Maßnahmen der Stadt reichen längst nicht aus. Oberbürgermeister Dr. Frank Nopper muss Hitzeschutz und Klimaanpassung endlich zur Chefsache machen.

Deshalb fordern wir die Einrichtung einer Taskforce „Hitzeschutz und Klimaanpassung“, die die bestehenden Strategien überprüft, Handlungsbedarfe identifiziert und kurzfristig wirksame sowie langfristig tragfähige Maßnahmen entwickelt. Entscheidend ist dabei, alle relevanten Akteur*innen an einen Tisch zu bringen – vom Gesundheitsamt und dem Sozialamt über das Jugendamt und Schulverwaltungsamt bis zum Amt für Umweltschutz und der Abteilung Klimaschutz, dem Amt für Stadtplanung und Wohnen, dem Hochbauamt, dem Tiefbauamt sowie

dem Garten-, Friedhofs- und Forstamt und der Branddirektion. Erfahrungen und Herausforderungen von Vertreter*innen der Kliniken, des Gesundheitswesens und der Wohlfahrt sollen hierbei mit einbezogen werden.

Die Lage ist ernst, und die Zeit drängt. Der Schutz der Gesundheit und die Sicherheit der Bürger*innen muss jetzt oberste Priorität haben. Stuttgart muss entschlossen handeln.

Gez.

Petra Rühle, Fraktionsvorsitzende
Björn Peterhoff, Fraktionsvorsitzender
Dr. Sebastian Karl
Gabriele Munk

Anlage/n

Keine